



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Integration,
Wohnen, Kinder, Familie -

Tagesordnung I Punkt 5.1 der öffentlichen Sitzung am 3. November 2021

Vorlagen-Nr. 21-F-72-0005

Verbot von Strom- und Gassperren bei der ESWE Versorgung - Alternativantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt zu 21-F-55-0042 vom 03.11.2021 -

Anspruch der Stadt Wiesbaden muss es sein, nach Möglichkeit Strom- und Gassperren und damit verbundene unzumutbare Härten insbesondere für Familien mit Kindern zu vermeiden.

Der Ausschuss möge beschließen,

I Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- In wie vielen Wiesbadener Haushalten wurde in den letzten Jahren die Strom- und/oder Gaszufuhr gesperrt? In welchem Maße waren davon Familien mit minderjährigen Kindern betroffen?
- Falls die Stadt hierzu keine Statistiken zur Verfügung hat, welche Möglichkeiten sieht der Magistrat zukünftig und zeitnah Statistiken hierzu zu erheben und dem Ausschuss vorzulegen?
- Wie ist die Kostenübernahme für Strom und Gas bei Personen im Sozialleistungsbezug geregelt? Welche Deckelungen werden dabei angesetzt?
- Was unternimmt ESWE Versorgung, um Strom- und Gassperren vorzubeugen und welche Vorlaufregeln gelten dafür?
- Wie wird mit Härtefällen umgegangen?
- Gibt es - vor allem angesichts steigender Energiepreise - gezielte Informationskampagnen für Mieter:innen zum Energiesparen?

II Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten, welche Möglichkeiten es gibt, als vermittelnde Instanz für einvernehmliche Lösungen zwischen Unternehmen und Verbraucher:innen aufzutreten, um darauf hinzuwirken, dass bei Zahlungsrückständen mit den Betroffenen einvernehmliche Lösungen gesucht werden und so eine Unterbrechung der Strom- und Gasversorgung in Privathaushalten vermieden wird.

Beschluss Nr. 0096

Der Alternativantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt zu 21-F-55-0042 vom 03.11.2021 wird in folgender Fassung angenommen:

I Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- In wie vielen Wiesbadener Haushalten wurde in den letzten Jahren die Strom- und/oder Gaszufuhr gesperrt? In welchem Maße waren davon Familien mit minderjährigen Kindern betroffen?
- Falls die Stadt hierzu keine Statistiken zur Verfügung hat, welche Möglichkeiten sieht der Magistrat zukünftig und zeitnah Statistiken hierzu zu erheben und dem Ausschuss vorzulegen?
- Wie ist die Kostenübernahme für Strom und Gas bei Personen im Sozialleistungsbezug geregelt? Welche Deckelungen werden dabei angesetzt?
- Was unternimmt ESWE Versorgung, um Strom- und Gassperren vorzubeugen und welche Vorlaufregeln gelten dafür?
- *Wie werden Härtefälle ermittelt und wie wird mit diesen umgegangen?*
- Gibt es - vor allem angesichts steigender Energiepreise - gezielte Informationskampagnen für Mieter:innen zum Energiesparen?

II Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten, welche Möglichkeiten es gibt, als vermittelnde Instanz für einvernehmliche Lösungen zwischen Unternehmen und Verbraucher:innen aufzutreten, um *sicherzustellen*, dass bei Zahlungsrückständen mit den Betroffenen einvernehmliche Lösungen gesucht werden und so eine Unterbrechung der Strom- und Gasversorgung in Privathaushalten *verhindert* wird.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2021

Rutten
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2021

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2021

Dezernat I/ESWE-Versorgung
Dezernat VI (Federführung)
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Mende
Oberbürgermeister